„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Kart.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Schmelings „Niederlage".

Es mag manchen seltsam annuten, wenn in einer deutschen Zeitung und noch dazu an einer Stelle, wo sonst hochpolitische Fragen erörtert werden, ein Artikel unter dieser Ueberschrift erscheint. Der unliebsame Ausgang des Box-Wettkampfes zwischen dem deutschen Meister Max Schmeling und dem Litauisch-Amerikaner Jack Sharkey wird voraussichtlich keine internationalen Verwicklungen ernster Natur heraufbeschwören, wird nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten führen, wird den Weltfrieden nicht stören. Dennoch ist es wohl der Mühe wert, den Fall etwas näher zu betrachten. Denn abgesehen von den sehr stark finanziellen Interessen, der üblen Geschäftemacherei und dem Sensationsrummel, die mit solchen internationalen Meisterschaftskämpfen verbunden sind, spielen nationale Sympathien und Antipathien eine bedeutende Rolle. Jene, die stets mit dem Brustton der Ueberzeugung die Internationalität des Sportes proklamieren, die an das schöne englische Wort „fair play" inbrünstig glauben, die auf Gerechtigkeit, sportsmännischen Geist usw. felsenfest vertrauen, sind heute wohl bitter enttäuscht.

Man ist natürlich hier, um sich ein klares Bild vom Boxkampf im Madison Square Garden zu New York zu machen, ganz auf die Rundfunkübertragungen und auf die mehr oder minder genauen Pressemeldungen angewiesen. Aber das steht wohl einwandfrei fest, daß es bitter ungerecht war, dem Deutschen Max Schmeling den Meistertitel zu entreißen und ihn dem Jack Sharkey in den Schoß zu werfen. Darüber scheint, abgesehen von unverbesserlichen Fanatikern, auf dem nordamerikanischen Kontinent nur eine Meinung zu bestehen. Was bei dieser so laut geäußerten Meinung ehrliche Entrüstung und versteckte Heuchelei ist, läßt sich im einzelnen Fall schwer unterscheiden. Die eingefleischten „hundertprozentigen" Amerikaner, deren Nationalismus unter der Maske des Biedermannes und des ehrlichen Kumpanen sich verbirgt, lachen sich gewiß ins Fäustchen; denn sie konnten es nicht verwinden, daß der so hoch in Ehren gehaltene Weltmeistertitel im Boxkampf zwei Jahre lang im Besitze eines Deutschen war. Nun ist der Titel durch die Hintertüre der Ungerechtigkeit und Schiedsrichterwillkür wieder in die Vereinigten Staaten hineingeschmuggelt worden. Frech und rücksichtslos hat man sich über das Urteil der überwiegenden Masse der 70,000 Zuschauer und über die sogenannte öffentliche Meinung hinweggesetzt.

Was wird Max Schmeling tun? Wird er sich das so ruhig gefallen lassen? Oder wird er in Zukunft nicht gewisse Bedingungen stellen, bevor er wieder in den Ring tritt? Unserer Meinung nach sollte er den Vereinigten Staaten kaltlächelnd den Rücken kehren und fordern, daß der nächste Kampf um die Weltmeisterschaft auf deutschem Boden ausgetragen, und daß das Schiedsrichterkollegium zur Hälfte aus Deutschen und zur anderen aus Amerikanern zusammengestellt wird. Das würde wohl eher eine unparteiische Entscheidung ermöglichen und zugleich dem deutschen Meisterboxer die Genugtuung gewähren, die ihm nach dem gröblich beleidigenden Schiedsspruch in New York ohne Zweifel zusteht.

Bemerkenswert für uns Deutsch-Canadier war, daß in Canada, wo man in diesem Falle weder einseitig amerikanisch fühlt noch übergroße Sympathien für uns Deutschen hat, die überwiegende Mehrzahl anscheinend auf Max Schmelings Seite stand und steht. Das ließ sich aus den Kommentaren der englisch-canadischen Presse und aus den erbitterten Protesten erkennen, die in Regina, Winnipeg und sogar in Toronto beim Bekanntwerden des gestohlenen „Sieges" laut wurden. Die Menschenmengen, die sich beispielsweise in Regina und Winnipeg angesammelt hatten, um aus Lautsprechern die neuesten Meldungen vom Box-Kriegsschauplatz in New York zu vernehmen, machten ihrer Entrüstung in teilweise sehr derben Ausdrücken Luft. Wären die Schiedsrichter Gunboat Smith und George Kelly, die gegen die Stimme von Charles F. Mathison sich für Sharkey erklärten, bei den erregt debattierenden Boxerfreunden in Canada gewesen, so wäre an ihnen gewiß ein Lynchgericht vollzogen worden.

Der deutsche Name hat durch den Ausgang des New Yorker Boxkampfes wohl keinen Schaden gelitten. Im Gegenteil hat sich Max Schmeling, der gewissermaßen als Vertreter des Deutschtums in Amerika in die Arena trat, die Sympathien der breitesten Massen erobert. Er ist heute mehr beliebt als vor ein oder zwei Jahren. Und schließlich ist das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen.

Der französisch-polnische Militärvertrag.

Ueber die Frage des Anfang August ablaufenden französisch-polnischen Militär-Allianzvertrages ist bisher in Pariser Zeitungen nicht viel gesagt worden. Neuerdings befaßt sich im Oeuvre der Deputierte Proust, ein einflußreiches Mitglied der radikalsozialen Partei, also der Partei, zu der auch der Premier Herriot gehört, mit dem Problem und bringt es in Zusammenhang mit den Ereignissen in Deutschland und insbesondere im Osten. Proust macht geltend, daß die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich durch den zwischen Frankreich und Polen geschaffenen Militär-Allianzvertrag sich wesentlich komplizieren.

Er bemerkt, daß man den genauen Inhalt des Vertrags, der in den nächsten Wochen ablaufen werde, nicht kenne und deshalb die Frage zur Diskussion gestellt werden müsse, ob man diesen Vertrag erneuern könne oder nicht. Der Deputierte macht darauf aufmerksam, daß die Erneuerung des Vertrags mit der Zahlung des Betrages von 600 Millionen Franken verknüpft sei, und fügt hinzu: „Daraus ersieht man, in welche Abenteuer wir hineingeschleppt werden können."

Auch zu der Danziger Frage nimmt Proust Stellung. Er schreibt: „Alle, die sich in Deutschland aufgehalten haben, sind davon überzeugt, daß die Verhältnisse im Korridor und im Danziger Freistaat nicht haltbar sind. Das ganze deutsche Volk ist sich in dem Punkte einig, daß Danzig zum Reich zurückkehren muß."

Danzigs Abwehrkampf.

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat in einer Note an den polnischen diplomatischen Vertreter die polnische Regierung ersucht, die polnische Eisenbahndirektion für das Korridorgebiet, die sich bisher in Danzig befand, spätestens bis zum 31. Dezember d. J. aus dem Gebiet der Freien Stadt zu entfernen.

Um die Tragweite dieses Schrittes richtig zu würdigen, muß auf das jahrelange Ringen zwischen Danzig und Polen um diese Frage kurz eingegangen werden. Gegen den Einspruch des Danziger Stadtrats hatte Polen unmittelbar nach Gründung der Freien Stadt neben die für die Danziger Eisenbahnen bestimmte Behörde auch noch die Eisenbahndirektion für Pommerellen nach Danzig verlegt. Aus dem ursprünglichen Nebeneinander dieser beiden Behörden wurde ein einheitlicher Verwaltungskörper, der rund etwa 500 polnische Beamte umfaßte und eingestandenermaßen zum wichtigsten Faktor der Polonisierungsbestrebungen in Danzig ausgebaut wurde. Danzig hat von Anfang an einen zähen Kampf um die Beseitigung dieser Eisenbahndirektion geführt. Durch die Entscheidung des Völkerbundkommissars vom 12. Dezember 1922 wurde klargestellt, daß „Polen kein Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzuführen, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen befaßt." Es hat aber drei Jahre gedauert, bis der Völkerbundrat endlich nicht mehr umhin konnte, diese Entscheidung am 13. März 1925 zu bestätigen. Auch dann dachte Polen immer noch nicht daran, diese Entscheidung auszuführen, sondern beließ die Direktion nach wie vor in Danzig und drohte mit Repressalien gegen die Danziger Wirtschaft für den Fall, daß die Danziger Regierung auf Erfüllung des Ratsbeschlusses und Beseitigung der Direktion bestehen sollte. In dieser Notlage hat Danzig zunächst versucht, auf dem Verhandlungsweg zu einer gütlichen Einigung mit Polen zu gelangen. Die Verhandlungen mußten aber 1926 als aussichtslos aufgegeben werden. 1929 wurden sie wieder aufgenommen, ohne zu einem besseren Ergebnis zu führen. Infolgedessen sah sich die Regierung der Freien Stadt genötigt, zunächst beim Völkerbundkommissar den Antrag zu stellen, durch eine Entscheidung festzulegen, wie die Eisenbahnverwaltungsdirektion beschaffen sein müsse, die im Interesse der Danziger Wirtschaft in Danzig zu verbleiben habe. Diese Klarstellung ist im Januar d. J. erfolgt und auf der Ratssitzung im Mai 1932 entgegen dem polnischen Einspruch bestätigt worden. Da Polen aber keinerlei Anstalten machte, um von sich aus die Ratsbeschlüsse nun endlich zu verwirklichen, hat die Danziger Regierung sich zu der unmittelbaren Aufforderung an Polen entschlossen, die Direktion aus Danzig fortzuverlegen.

Weltumschau

Landtagswahlen in Hessen. Die Nationalsozialisten Adolf Hitlers haben bei den Landtagswahlen in Hessen weiter an Stärke gewonnen, doch sind sie mit vier Sitzen hinter einer absoluten Mehrheit in der hessischen Volksvertretung zurückgeblieben. Das Vorwärtsdringen der nationalsozialistischen Bewegung, die in den letzten Wahlen zum Ausdruck kam, hat auch in Hessen angehalten und die Zahl ihrer Landtagssitze von 27 auf 32 erhöht.

Die Sozialdemokraten gewannen zwei Mandate und haben damit 17 Sitze. Das Zentrum errang 10 Mandate. Die Kommunisten gewannen 7 und verloren 3 Sitze.

Obgleich die Nationalsozialisten mit 32 Landtagssitzen die stärkste Partei in Hessen sein werden, können sie selbst in einer Koalition mit den Deutschnationalen, die einen Sitz haben und den zwei Mandaten der Christlich-Sozialen Vereinigung nur 35 Mandate der 70 des Landtages zusammenbringen.

Marsch auf München vereitelt. Ein Marsch von Tausenden von Nationalsozialisten nach München als Protest gegen das von der bayerischen Regierung erlassene Verbot gegen das Tragen politischer Uniformen, erwies sich als ein Fehlschlag, als die wachsame Polizei dagerfuhr. Sie zerstreute die Anhänger des deutschen Nationalsozialisten-Führers Adolf Hitler, der die Demonstration veranlaßte, und verhaftete 470 Männer und beschlagnahmte ihre Uniformen. Die Führer der Organisation hatten ihre Anhänger aufgefordert, in ihren braunen Uniformen an dem Marsch teilzunehmen.

Tausende von Hitlerleuten hatten sich in ihren neuen Uniformen unter den Mänteln auf den Landstraßen eingefunden und suchten in die Stadt einzumarschieren. Sie wollten das Braune Haus, das Hitler-Hauptquartier, erreichen und dann vor die Wohnung des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held ziehen. Beim Einmarsch wurden sie jedoch von einem starken Polizeiaufgebot empfangen und der Marsch fand bald sein Ende.

In Schwabing machte die Polizei von ihren Knüppeln Gebrauch und versprengte die Menge. In der ganzen Stadt konnten Polizeiwagen mit verhafteten Hitlerleuten gesehen werden, unter denen sich auch drei aristokratische Mitglieder des Braunen Haus-Stabes befanden, nämlich Prinz Waldeck, Graf Spretti und Graf Schwerin.

Sturm im bayerischen Landtag. Zu tumultuösen Szenen kam es in einer Sitzung des Bayerischen Landtags, als der Präsident der Körperschaft die Nationalsozialisten, die angetan in Braunhemden im Sitzungssaal erschienen waren, aufforderte, sich zu entfernen. Die Nationalsozialisten, denen durch Reichserlaß das Tragen ihrer Uniformen wieder gestattet ist, lehnten es ab, den Saal zu verlassen, erhoben sich vielmehr einmütig und brachen in den Ruf aus: „Heil Hitler!"

Die Sitzung wurde auf dies hin ohne Verzug vertagt. Bayerns Staatsregierung hat bekannt gegeben, der Erlaß der Reichsregierung finde keine Anwendung auf Bayern, das Verbot der Abhaltung politischer Demonstrationen im Freien werde weiter bestehen, wenn auch das Tragen von Parteiuniformen bei gewissen Gelegenheiten erlaubt sein werde. Im Laufe des Nachmittags erließ aber die bayerische Regierung ein direktes Verbot gegen das Tragen von Parteiuniformen.

Als dann die Sitzung des Landtags wieder aufgenommen wurde, erschienen die Anhänger Hitlers erneut in ihren Braunhemden. Als sie der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht nachkamen, wurde die Polizei gerufen, die dann die Nationalsozialisten einzeln hinausschleppte.

Nieder mit den Zollschranken! Belgien, Holland und Luxemburg sind übereingekommen, im gegenseitigen Handel keine neuen Zölle mehr zu erlassen und die bestehenden Tarife, bis ein bestimmtes Niveau erreicht worden ist, um jährlich 10 Prozent zu reduzieren.

Dieses Abkommen wird als ein erster Schritt zu weltweitem Zollabbau betrachtet, der von sechs Ländern, die 1930 das Protokoll von Oslo unterzeichnet haben, befürwortet wurde. Die übrigen drei Mitglieder der nördlichen Gruppe sind Dänemark, Schweden und Norwegen.

Die Großmächte werden diesen Zollverein wahrscheinlich günstiger aufnehmen als die Zollunion, die Deutschland und Oesterreich planten, zumal die neue Kombination nicht die politische Bedeutung hat, die an dem deutsch-österreichischen Projekt beanstandet wurde.

Die von den sechs Nationen angenommene Entschließung für allgemeinen Zollabbau wird damit begründet, daß ein solcher Schritt notwendig sei, um die Währungen zu stabilisieren, den internationalen Kredit wiederherzustellen und Handelsbeschränkungen zu beseitigen oder zu mildern.

Von dem belgischen Hauptquartier in Lausanne wurde die folgende Erklärung ausgegeben:

„Vertreter der holländischen, belgischen und luxemburgischen Regierungen haben nach Beratung mit den Außenministern der interessierten Mächte in Ouchy eine Konvention für gegenseitige und fortschreitende Senkung der Wirtschaftsschranken eingegangen, eine Konvention, die sie unverzüglich den interessierten Regierungen zur definitiven Annahme unterbreiten werden.

„Die Konvention fußt auf Prinzipien, die bei verschiedenen Gelegenheiten vom Völkerbunde formuliert worden sind. Die nach dem Abkommen gewährten Vorteile kommen nur den teilnehmenden Ländern zugute. Die Konvention ist jedoch dem Beitritt aller anderen Länder offen."

Herriot bleibt hartnäckig. Ein heftiger Kampf wurde in den letzten Tagen in privaten Verhandlungen zwischen den Delegaten zur Lausanne Konferenz über die Frage ausgefochten, ob die Reparationen als Ganzes oder nur ein Teil derselben gestrichen werden sollen. Der französische Premier Herriot schnitt die Frage an, indem er dem britischen Premier MacDonald und dem Reichskanzler von Papen die Erklärung zugehen ließ, seine Regierung sei außer Stande, auf den vollen Betrag von 359 Millionen Goldmark im Jahr zu verzichten, der Frankreich während der Dauer des Young Plans, der 37 Jahre läuft, garantiert sei.

Die Deutschen verlangen, daß ihnen Gelegenheit geboten wird, die Tunlichkeit einer vollständigen Streichung der Reparationen zu besprechen. Von französischer Seite wird gefordert, daß die Deutschen sich damit einverstanden erklären, wenigstens etwas zu bezahlen.

Wie verlautet, hat Premier Herriot eine dreijährige Suspendierung aller Reparationszahlungen in Vorschlag gebracht, mit der zusätzlichen Bestimmung, daß nach Ablauf dieser Frist eine internationale Kommission einzusetzen sei, deren Aufgabe es sein würde, festzustellen, ob Deutschland gehalten werden könne, wenigstens nominelle Zahlungen, etwa in der Form von Obligationen auf die Reichseisenbahnen, zu machen.

Dieser Kampf um die Reparationen zeigt deutlich, daß die ausposaunte Verständigung zwischen Frankreich und England, die in Vorverhandlungen in Paris zwischen MacDonald und Herriot erzielt worden sein soll, in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Er läßt ferner erkennen, daß alle Parteien dieses Streitfalls das angekündigte Moratorium in verschiedener Weise auslegen.

Allgemein war dazumal verstanden worden, daß Zahlungen von Reparationen und Kriegsschulden während der Dauer der Konferenz suspendiert seien, ohne daß durch ein solches Vorgehen eine spätere Verständigung präjudiziert würde. Für diese Verständigung traten besonders ein Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Belgien.

Keine internationale Polizeimacht. Frankreich hat, wie nach Beendigung privater Konversationen zwischen Vertretern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs in Erfahrung gebracht wurde, seinen Abrüstungsplan der Bildung einer internationalen Polizeimacht unter den Auspizien des Völkerbunds fallen lassen.

Die dreiseitigen Konversationen, die den Zweck haben, die derzeitige Sperre in der Abrüstungskonferenz zu überwinden und aus den Verhandlungen wenigstens einige konkrete Resultate herauszuschlagen, sollen weiter geführt werden.

Im Laufe der Verhandlungen gelang es den Konferenten, ein Uebereinkommen hinsichtlich der bakteriologischen und chemischen Kriegsführung zu erzielen, das erhoffen läßt, daß diese Probleme eine allseitig befriedigende Lösung in den weiteren Geheimsitzungen finden werden.

Der französische Plan der Schaffung einer internationalen Polizeimacht, zu welcher jede zum Völkerbund gehörende Nation ein Kontingent von Truppen zu stellen und Kriegsmaterial zu liefern hätte, wurde in ziemlich dramatischer Weise der Abrüstungskonferenz unmittelbar nach ihrer Eröffnung im Februar vorgelegt.

Nunmehr aber haben Joseph Paul Boncour und seine Kollegen von der französischen Delegation der Konferenz klar gemacht, ihre Regierung sei nachgerade zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Projekt die Zustimmung der übrigen Mächte nicht finden könne. Der Plan wurde durch den damaligen französischen Premier Pierre Laval vorgelegt, ein Plan, der nunmehr von dem jetzigen französischen Premier Herriot zurückgezogen worden ist.

Wie Hoover sich die Abrüstung denkt. Präsident Hoover schlug vor, daß die Rüstung der Welt um ein Drittel reduziert wird, wodurch in den nächsten zehn Jahren die auf den Völkern ruhenden Finanzlasten um 10 bis 15 Milliarden Dollars verringert werden könnten. Der Vorschlag bezieht sich sowohl auf Land als auf Seerüstungen.

Von den französischen Vertretern in Genf wird die Behauptung aufgestellt, daß der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene Plan für die Reduzierung der Rüstungen zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft nicht mehr notwendig sei, weil die französischen Gegenvorschläge zugunsten einer allgemeinen zehnprozentigen Reduzierung aller Waffenrüstungen dasselbe erreichen würden. Frankreich würde unter diesem Plane sich das Recht vorbehalten, die zehnprozentige Herabsetzung der Rüstungsausgaben nach seiner eigenen Wahl anzubringen, entweder an den Streitkräften zu Lande oder an denen zur See oder schließlich an denen der Luft.

Daß Frankreich sich zur Annahme einer derartigen Reduzierung bereit erklärt hat, wird in amerikanischen Kreisen dem Druck zugeschrieben, der von Amerika ausgeübt worden ist und durch den die Vereinigten Staaten zu verstehen gegeben haben sollen, daß ohne eine Reduzierung der Rüstungsausgaben keine Herabsetzung der Kriegsschulden zu erwarten sei.

Italiener gegen Briten. Ministerpräsident Lord Strickland und seine Konstitutions-Partei wurden in der ersten seit 1927 stattgefundenen Hauptwahl auf Malta von den Nationalisten geschlagen, wie aus den Schlußergebnissen hervorgeht. Der Ministerpräsident, dessen Streit mit der katholischen Kirche sich über zwei Jahre bis zu der kürzlich stattgefundenen Wahl ausdehnte, erhielt jedoch seinen Sitz in der Nationalversammlung mit allen seinen Ministern, mit Ausnahme eines, zurück.

Die 32 Repräsentantensitze sind wie folgt verteilt: Nationalisten (Italiener) 21; Konstitutionalisten (Briten) 10, und Arbeiterpartei 1. Die 17 Sitze des Senats wurden größtenteils unter die Nationalisten und die Geistlichkeit wie üblich verteilt. Die Mitglieder der Konstitutionspartei machten unangebrachten Einfluß der Geistlichkeit auf die Wähler geltend, von denen die meisten italienischer Abstammung und katholischen Glaubens sind, obgleich die Insel unter britischer Herrschaft steht. Der Streit kam kürzlich zum Abschluß, als der Ministerpräsident sich bei der Geistlichkeit entschuldigte und dieselbe ein Hirtenschreiben zurückzog, das den Wählern verbot, sich an der Wahl zu beteiligen.

Spanien stiehlt Besitz des Königs. Der ganze Privatbesitz des früheren Königs Alfons von Spanien wurde von dem Direktor des spanischen Schatzamtes konfisziert. Derselbe umschließt mehr als $2,500,000 in Bar und Wertpapieren und anderen auf über $500,000,000 geschätzten Besitz. Das Geld und die Bonds werden dem Schatzamt der Republik und das unbewegliche Eigentum dem Staat überwiesen werden, erklärte der Direktor, der enthüllte, daß 21,000,000 Pesetas (ungefähr $1,700,000) Wert des beschlagnahmten Besitzes nicht Eigentum des Königs war, sondern Gesellschaften gehörte, deren Vorsitzender er war.

In einer Geldkassette, die aus dem ehemaligen königlichen Palais genommen wurde, fand man 15,000 Pesetas in Banknoten, 6,800,000 Pesetas in Bonds privater Gesellschaften und 11,500,000 Pesetas in Wertpapieren, ferner zwei goldene Schlüssel, Ordensauszeichnungen, Siegel und mit Juwelen geschmückte Kästchen.

Streit um die Zölle in der Mandschurei. Die Frage der Konfiszierung der chinesischen Zollennahmen in der Mandschurei durch die Regierung Pu Yis ist in Washington von Staatssekretär Stimson dem japanischen Botschafter Debuchi zur Kenntnis gebracht worden. Der britische Botschafter in Tokio besuchte das Auswärtige Amt und besprach die gleiche Frage. Es heißt, daß die fremden Mächte um die chinesischen Seezölle fürchten, die als Sicherheit für einen großen Teil der chinesischen Auslandsanleihen verpfändet sind.

Das japanische Auswärtige Amt vertritt den Standpunkt, daß man Japan in der Sache keinen Vorwurf machen kann, da es sich um eine Angelegenheit zwischen Nanking und Changchun handele, in die Japan sich nicht einmische. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte, daß Japan ebenso wie England und Amerika Gläubiger Chinas sei und an dem Tilgungsdienst auf Auslandsanleihen interessiert sei. Japan hoffe jedoch, daß die Regierung Pu Yis dafür Sorge tragen werde, daß der Anteil der Mandschurei an den Schuldverpflichtungen irgendwie weiterbezahlt werde.

Die Frage hat sich zu einer Krise zugespitzt, weil Pu Yis Regierung die Einnahmen aller chinesischen Zollämter in der Mandschurei, einschließlich des in Dairen, an Changchun abgeführt haben will, statt sie nach Nanking zu überweisen, wie dies bis zum 31. Mai geschehen ist.

Zu der in letzter Nummer unter Weltumschau gebrachten Berliner Meldung der „Associated Preß" über „Hitler Sturmtrupps wieder aktiv" wird uns von einem Nationalsozialisten mitgeteilt, daß die Bemerkung von den Angehörigen dieser Sturmabteilungen, die früher neben Nahrung und Kleidung einen Sold von 3 Mark im Tag bezogen haben sollen, nicht den Tatsachen entspreche.

Gdingen wirtschaftlich überflüssig.

Daß der mit großem Kostenaufwand erbaute polnische Hafen Gdingen keinem wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens entspricht, sondern lediglich angelegt wurde, um dem nahen Danzig das Wasser abzugraben, ist eine jedem Deutschen geläufige Tatsache, die leider im Ausland noch viel zu wenig bekannt ist. Um so mehr verdient die Tatsache Beachtung, daß eine große französische Zeitung es wagt, den betreundeten Polen in dieser Hinsicht ungeschminkt die Wahrheit zu sagen. „L'Intransigeant" verweist u.a. auf die Bestimmung des Versailler Diktats, wonach Danzig als der Hafen Polens gedacht sei. Danzig reiche auch für alle denkbaren Bedürfnisse des polnischen Handels vollkommen aus, sei es doch seit Jahrhunderten das natürliche Ausfalltor für ein ungeheures Hinterland gewesen, das bis zum Schwarzen Meer und zur Adria reichte. Gleichwohl habe Polen nur 15 Kilometer von Danzig sich einen eigenen Hafen zugelegt; es liege auf der Hand, daß dies keinesfalls aus wirtschaftlichen Gründen geschehen sei. — Wenn der „Intransigeant" in dieser Frage auch ein weißer Rabe bleibt, ist seine Meinung doch zu begrüßen. Hoffentlich behält er auch recht, wenn er schreibt, daß möglicherweise Gdingen noch schneller wieder verschwinden werde als es gebaut wurde.

Eucharistischer Kongreß in Irland

Auslands-Iren erstaunt über das Wiedererwachen des irischen Nationalismus.

Dublin, 24. Juni. — Der Hauptpunkt auf dem heutigen Tagungsprogramm des Eucharistischen Weltkongresses ist eine Frauenmassenversammlung im hiesigen Phoenix Park, bei welcher Gelegenheit Kardinal Lauri, der päpstliche Delegat, die Hauptansprache halten wird. Gestern abend hielt der Kardinal im gleichen Park vor einer riesigen Menschenmenge von 500,000 eine Ansprache über die Bedeutung der Eucharistie, wobei Erzbischof John Joseph Glennon von St. Louis den Segen erteilte. Am heutigen Morgen wurde eine Pontifikalamt zelebriert, und außerdem fanden verschiedene nationale Zusammenkünfte statt.

Papst Pius sprach vom Vatikan aus per Rundfunk zu den Massen der Gläubigen in Dublin.

Viele Irländer, die im Ausland leben und anläßlich des Kongresses vorübergehend in ihr Heimatland zurückkehrten, sind erstaunt über die Veränderungen, die sich in den letzten Jahren in Irland vollzogen. Sie sind überzeugt davon, daß gegenwärtig eine Renaissance der alten keltischen Kultur imgange ist. Jedes Schulkind muß jetzt die altgälische Sprache lernen und dem wachsenden Nationalismus des irischen Volkes wurde in diesem Jahre durch drei Ereignisse neuer Anstoß verliehen, — erstens durch die Feier der vor 1500 Jahren erfolgten Landung St. Patricks in Island, zweitens durch den Eucharistischen Kongreß und drittens, durch die Tailteann-Spiele, die in der nächsten Woche veranstaltet werden. Diese Spiele, die erst kürzlich zu neuem Leben erweckt wurden, sind über 2500 Jahre alt, d.h. beinahe so alt wie die Olympischen Spiele. Sie waren im Jahre 632 v. Ch. durch den König Lugh von Irland zu Ehren des Königs Tailte ins Leben gerufen worden.

Unterstützen Sie die Anzeigenkunden des „Courier".

Mehr Recht für die französische Frau.

Paris. — Der französische Senat, der wiederholt Anstrengungen für die Einführung des Frauenstimmrechts zurückgewiesen hat, wird nunmehr eine Vorlage behandeln müssen, die darauf abzielt, aus dem bürgerlichen Gesetzbuch die Verpflichtung der Frau, dem Gatten zu gehorchen, als veraltet auszumerzen. In der Zuschauer-Gallerie des Senats vernahmen Frauen mit Frohlocken, daß der Justizminister die neue Vorlage eingereicht hat, die verordnet, daß Mann und Frau beisammen wohnen und ihre Kinder erziehen müssen. Jedoch wird dem Gatten das Recht entzogen, Briefe an die Gattin zu öffnen. Dagegen wird der Frau die Berechtigung zugestanden, ein Geschäft selbständig zu betreiben, Grundeigentum zu erwerben und Schriftstücke ohne Zustimmung des Gatten rechtsgültig zu unterschreiben.

Ein Zahnarzt in Rotterdam erstattete Anzeige gegen einen Patienten, dem er ein künstliches Gebiß geliefert und der die Rechnung mit einem falschen Fünfzig-Gulden-Schein bezahlt hatte. Der Beschuldigte hat dem Zahnarzt offensichtlich mit gleicher Münze heimzahlen wollen.